



Beitrag von Lydia Klinkenberg zur Interpellation von Franziska Franzen
an Minister Harald Mollers

Plenarsitzung vom 25.06.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Thema: Eingliederungsparcours für Neu-Zugezogene

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Albert Einstein war ein Asylant. Auch Thomas Mann und Bertolt Brecht verbrachten eine lange Zeit im Exil. Es handelt sich also um Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus gezwungen waren, in ein Gastland auszuwandern.

Im Allgemeinen verlässt man seine Heimat nicht ohne Grund: politische Verfolgung, Angst vor Folter und Mord sind solche Gründe. Aber auch wirtschaftliche Not zwingt Menschen dazu, in ein fremdes Land zu ziehen. Pauschalverurteilungen, wie sie im letzten Jahr während der Sarrazin-Debatte aufgeworfen worden sind, sind da selbstverständlich fehl am Platze.

Offenheit, ein respektvoller Umgang miteinander und Toleranz heißt der Lernstoff für den Gastgeber, aber auch den Einwanderer.

Es geht hier jedoch nicht nur um Asylanten: Auch durch den europäischen Integrationsprozess hat die kulturelle Vielfalt und damit auch die Vielfalt an Lebensstilen in unserem Land zugenommen. Das merkt man spätestens, wenn man – wie einige von uns letzte Woche – an der Place du Luxembourg in Brüssel ein Gläschen genießt.

Sicherlich: Es ist nicht immer einfach, wenn verschiedene Sprachen, Kulturen und Religionen aufeinander treffen. Das weiß ich sehr gut aus meiner Zeit in Asien.

Liebe Kollegen von Ecolo,

Sie sagen im REK sei keine Rede von Migration. Das stimmt nicht ganz. Ich möchte kurz einen Abschnitt aus Band 2, Seite 39 zitieren:

"Gesellschaftspolitisch erstrebenswerte Lösungen sind auch für Probleme von Menschen mit anderen Integrationsschwierigkeiten anzubieten. Für Personen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder für Menschen mit Migrationshintergrund, um nur einige zu nennen, sind vergleichbare Standards anzustreben, weswegen zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten ein umfassendes Integrations-Leitbild sinnvoll erscheint. Dieses wird umso mehr mittel- bis langfristige Erfolge aufweisen können, je stärker es mit den davon betroffenen Gruppierungen gemeinsam entwickelt und danach zur Leitlinie der Integrationspolitik der DG erhoben wird."

Auch stimme ich nicht mit Ihnen überein, wenn Sie fordern, eine Willkommengesellschaft zu signalisieren.

Eine reine Willkommensgesellschaft ist in meinen Augen zu kurz gedacht. Es reicht nicht die Menschen, die häufig traumatische Erlebnisse hinter sich haben, willkommen zu heißen, indem man ihnen Sprachkurse oder Integrationsämter anbietet. Die Frage, die wir uns stellen müssen ist nicht: Wie assimilieren wir, sondern: Wie bauen wir Brücken. Wie erreichen wir diese Leute? Und dort läuft Vieles über die Zukunftsperspektiven, die man Neu-Zugezogenen und den folgenden Generationen bietet. Wir sollten also weniger danach fragen, woher jemand kommt, als danach zu fragen, wo jemand hin möchte.

Die größte Herausforderung in der Integrationspolitik ist es, das Zusammentreffen von ethnischer und sozialer Ausgrenzung zu vermeiden. Das heißt im Umkehrschluss: Chancengleichheit fördern.

Die Gewinner des Europäischen Sprachensiegels 2011 sind das beste Beispiel dafür, dass wir auf diesem Weg bereits ein Stück vorwärts gekommen sind. In Manderfeld in der Nähe des Empfangszentrums für Asylsuchende wird nämlich seit 10 Jahren mithilfe unterschiedlichster Lernmittel und individueller Betreuung ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Hier kümmern sich eine Kindergärtnerin und eine Primarschullehrerin um neuankommende Schülerinnen und Schüler und bringen ihnen in der entspannten Atmosphäre der Empfangsklasse unsere Sprache bei, so dass sie schnellstmöglich dem Regelunterricht folgen können. Das Integrationsprojekt "Sprachenlernen in der Gemeinschaft" der Schule Manderfeld ist daher zu Recht als europäisches Modellbeispiel gekürt worden.

Und über diese Kinder erreicht man wiederum auch die Eltern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Natürlich kommt den Gemeinden als erste Anlaufstelle für Neu-Zugezogene eine besondere Rolle in der Integrationspolitik zu. In den Kommunen bestehen vielfältige Handlungsmöglichkeiten über den Wohnort, den Stadtteil, die Nachbarschaft, die Kindergärten, die Schulen, die Jugendeinrichtungen, die Sportvereine, aber auch die Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung.

Integration muss als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden.

Die Lösung des Problems insgesamt liegt aber nicht ausschließlich bei den Behörden und darf ihnen auch nicht komplett überlassen werden. Private Initiativen sind ebenso wichtig. Haben sie sich zum Beispiel schon mal mit Betroffenen aus dem ehemaligen Jugoslawien über den Kosovo-Konflikt unterhalten. Ich habe das schon häufig getan. Ich versichere Ihnen, es verändert den Blickwinkel.

Mit der festen Überzeugung, dass die Institutionalisierung von Integration lediglich eine ergänzende Piste darstellen kann und auf gar keinen Fall, die persönlichen Kontakte ersetzen kann, möchte ich abschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.